

Niederschrift

Sitzung des Jugendhilfeausschusses (öffentlich) der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Donnerstag, 10.12.2020
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:25 Uhr
Ort, Raum: Bürgerhaus Cappel, Goethestraße 1, 35043 Marburg

Anwesende Mitglieder

Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD
Herr Kai Abraham - Ev. FBS
Herr Roland Böhm - Marburger Linke
Frau Alexandra Böth - St. Elisabeth-Verein
Frau Christina Hey - AKSB
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Herr Karl Pörtl - CDU
Herr Martin Presenza -
Frau Marina Siffermann-Gorr -
Herr Bernd Wachtel - Gertrudisheim

Anwesend waren weiterhin

als beratende Mitglieder: Stefanie Lambrecht, Maria Floherschütz, Markus Klönk

von der Verwaltung: Engelbert Sommer (FD Schule), Angela Stefan, Werner Meyer, Jost Schmidt-Bockstedte, Wolfgang Wege (alle FB Kinder, Jugend, Familie)

als Gäste: Erwin Schnell, Erhard Zentner, Dorothee Griehl-Elhozayel, Marvin Haas, Mirco Niebuhr, Renate Oberlik, Monika Stein

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Stadträtin Dinnebier eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ordnungsgemäß geladen wurden und in beschlussfähiger Anzahl erschienen sind. Herr Pörtl wird als nachgewähltes Mitglied für den ausgeschiedenen Herrn Stephan Muth im JHA begrüßt. Herr Severin ist seit 01.12.2020 nicht mehr Stadtverordneter, sondern ehrenamtliches Magistratsmitglied und damit auch nicht mehr Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2020

Die Niederschrift wird ohne Änderungen genehmigt.

zu 3 Bericht aus den Fachausschüssen, den AGen § 78, der AG Koop. Sozialplanung und dem Jugendamt

Fachausschuss Erziehungshilfe
Hat nicht getagt.

Fachausschuss Jugendförderung
Herr Klonk berichtet, dass der Fachausschuss am 24.10.2020 getagt und sich im Wesentlichen mit der Frage nach den Folgen der Corona-Pandemie für die Kinder- und Jugendarbeit befasst hat.

Fachausschuss Kinderbetreuung
Hat nicht getagt.

AG 78 Kinderbetreuung
Hat nicht getagt.

AG 78 Stationäre Hilfen
Frau Lambrecht berichtet, dass die AG 78 am 27.11.2020 per Videokonferenz getagt hat. Neben der Vorstellung der Elternzeitvertretungen für Frau Kante wurden u.a. Quarantänepläne und Maßnahmen im Umgang mit Covid 19 anhand von Beispielen sowie der einhergehenden Belegungs- und Finanzierungsproblematik bei den Trägern besprochen und mögliche Themen für 2021 ins Auge gefasst.

AG 78 Prävention
Hat am 10.11.2020 getagt. Frau Hey berichtet, dass man sich mit Fragen der Qualitätsentwicklung, der Vertragsgestaltung zwischen der Stadt Marburg und den Freien Trägern, Frühen Hilfen, der Eingliederung neuer Rechtsgrundlagen, wie bspw. SGB II, IX und XII in den Kontext der Jugendhilfe, den Auswirkungen von Corona beschäftigt hat. Für die nächste Sitzung der AG 78 ist die Befassung mit dem BTHG vorgesehen.

Koop. Sozialplanung
Herr Meyer berichtet, dass die sich Steuerungsgruppe Koop. Sozialplanung in der Zwischenzeit im August und November getroffen hat. Im August hat sie Leitlinien für die Marburger Sozialpolitik erarbeitet, welche über den Sozialausschuss im Januar 2021 in der StVV beschlossen werden sollen. In der Sitzung im November hat sich die Steuerungsgruppe mit

Kooperationsstrukturen befasst. Die Ergebnisse sollen im kommenden JHA am 18.02.2021 als eigener Tagesordnungspunkt besprochen und ggf. ergänzt werden.

Bericht aus dem Jugendamt

Frau Stefan erläutert für den Fachdienst Kinderbetreuung, dass in den Kitas wegen den festen Gruppen aufgrund Corona ein erhöhter Personalbedarf besteht. Zur Deckung desselben bestehen Kooperationen mit der Käthe-Kollwitz-Schule und der hiesigen Universität zur Akquise von Aushilfskräften. Des Weiteren ist der Fachdienst mit der Einführung des Anmeldeverfahrens „Little Bird“, welches sich Corona bedingt in den Sommer 2021 verschiebt, befasst.

Herr Schmidt-Bockstedte berichtet über den Stand der Umsetzung der gem. Fachstelle Eingliederungshilfe von Kindern und Jugendlichen mit dem Fachbereich 4. Frau Lambrecht verdeutlicht, dass die Stadt Marburg mit der Einrichtung einer Fachstelle Eingliederungshilfe bei der zu erwartenden SGB VIII-Reform die Intention des Gesetzgebers bereits umsetzt. Im kommenden Jahr soll es eine Veranstaltung zur SGB VIII-Reform geben.

Frau Dr. Perabo als Mitglied des Behindertenbeirats bittet, den Behindertenbeirat bei dem Aufbau der Fachstelle mit einzubeziehen.

Frau Lambrecht informiert über den zum 01.12.2020 neu geschaffenen Fachdienst 59 – Planung, Steuerung und Qualitätsentwicklung, in dem alle planerischen Aufgaben zusammengefasst sind.

Der Fachdienst Jugendförderung plant in den Winterferien Betreuung in kleinen Gruppen und Corona-konform anzubieten. Mit Schulbeginn im Januar soll es wieder verlässliche Angebote der Jugendförderung geben. Ab 2021 wird das Programmheft durch ein ab sofort verfügbares ausschließliches Onlineangebot ersetzt.

Frau Hey als Mitglied im Beirat Marburg 800 fragt nach der Beteiligung des Jugendamtes beim Stadtjubiläum. Frau Lambrecht erläutert die Planungen aus den Fachdiensten Kinderbetreuung und Jugendförderung – Marburg erinnern, Marburg erleben, Marburg erfinden.

zu 4 Anträge

VO/7620/2020 - Spielplatz Northampton-Park:

Frau Dr. Perabo erläutert den von ihr eingebrachten Antrag. Im Anschluss wird der Antrag im Ausschuss kurz diskutiert und einstimmig zur Vorlage einer fachlichen Stellungnahme in den Fachausschuss Jugendförderung verwiesen.

Der Antrag soll im JHA am 18.02.2021 als Tagesordnungspunkt thematisiert werden.

zu 5 Bericht Sachstand, Ausbau und Perspektiven in der Kindertagesbetreuung in der Universitätsstadt Marburg 2020 - 2023

Gemeinsam erläutern Frau Stadträtin Dinnebier, Frau Lambrecht und Herr Meyer, dass der aktuelle Sachstandsbericht im heutigen Jugendhilfeausschuss lediglich eingebracht, aber zunächst zur Vorlage von/einer fachlichen Stellungnahme/n an die AG78-Kinderbetreuung und den FA Kinderbetreuung verwiesen werden soll.

Der JHA verweist den Sachstandsbericht einstimmig an die AG 78 und den FA Kinderbetreuung zur Vorlage einer fachlichen Stellungnahme. Der Bericht soll ebenfalls im JHA am 18.02.2021 als Tagesordnungspunkt thematisiert werden.

zu 6 Vorstellung Thesenpapier Fachausschuss Erziehungshilfe

Frau Stadträtin Dinnebier begrüßt Frau Floherschütz, Herrn Wachtel und Herrn Schnell vom FA Erziehungshilfe sowie Herrn Schmidt-Bockstedte vom Jugendamt, welche das in der Anlage beiliegende Thesenpapier des Fachausschusses Erziehungshilfen gemeinsam vorstellen. Im Anschluss an die Vorstellung diskutiert der Ausschuss das Thesenpapier, wobei das Thema Personal für die Erziehungshilfe besonders bedeutsam ist.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Fachausschuss Erziehungshilfe einstimmig zur Erstellung eines Handlungskonzeptes zur Gewinnung, Bindung und Qualifikation von Fachkräften im Bereich der stationären Jugendhilfe.

zu 7 Kenntnisnahmen

Mit der Einladung zu dieser Sitzung sind die Termine des JHA im Jahr 2021 zur Kenntnis gegeben.

zu 8 Verschiedenes

Herr Sommer vom FD Schule weist darauf hin, dass die Bildungsstätte Richtsberg am 01.01.2021 in die Zuständigkeit des FD Schule übergeht. Seitens der Astrid-Lindgren-Schule ist der Antrag für die Ganztagschule im Profil 3 mit Beginn zum Schuljahr 2021/22 gestellt.

Ende: 18.25 Uhr

Marburg, 29.12.2020

gez.

Kirsten Dinnebier
Vorsitzende

gez.

Wolfgang Wege
Protokoll

Ausgehend von einem Workshop zu den „Leitlinien kommunaler Sozialpolitik“ in Marburg am 12. September 2019, an dem Bürger*innen, Vertreter*innen freier Träger, Initiativen sowie Ehrenamts- und Selbsthilfeorganisationen, der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik teilnahmen sowie Überlegungen der Steuerungsgruppe Kooperative Sozialplanung wurde folgendes „Leitbild kommunaler Sozialpolitik“ für die Universitätsstadt Marburg erarbeitet.

Für eine soziale, gerechte und lebenswerte „Stadt für Alle“ Sozialpolitisches Leitbild der Universitätsstadt Marburg

Die Universitätsstadt Marburg zeichnet sich durch eine differenzierte, über viele Jahre gewachsene soziale Infrastruktur von hoher Qualität, Innovationskraft, Kreativität und Trägervielfalt aus. Sie ist prägend für unsere Stadt und auch das Fundament, um die kommunale Sozialpolitik immer wieder an neue Erfordernisse anzupassen. Menschen leben gerne in dieser Stadt, denn Marburg ist eine soziale, gerechte und lebenswerte Stadt für alle. Dies war und ist möglich, weil Bürger*innen, freie Träger, Politik und Verwaltung zusammenwirken und in Marburg der Konsens besteht, dass das gute Miteinander aller Menschen eine der zentralen Aufgaben der Kommune ist.

Einen wichtigen Partner bei der Gestaltung und Entwicklung kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in den freien Trägern und Selbsthilfeorganisationen in den verschiedenen Arbeitsfeldern sozialer Arbeit, deren Kenntnisse, Qualität, Leistungen und Erfahrungen für die soziale Ausgestaltung der Stadt unverzichtbar sind.

Gute soziale Angebote nützen allen Bewohner*innen von Marburg, denn sie fördern das gute Klima in der Stadt. Eine soziale und gerechte Gesellschaft macht nicht nur die Menschen, die in ihr leben, zufriedener, sie stabilisiert auch unsere Demokratie.

Wir verstehen die soziale Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge. Bausteine des Zusammenlebens sind keine verzichtbaren „freiwilligen“ Leistungen, sondern genauso unverzichtbare Aufgabe der Stadt wie die technische Infrastruktur. Ein demokratisches Gemeinwesen ist ohne Sozialstaat nicht denkbar. Soziale Angebote sind integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft. Nur wenn alle Menschen sich in unserer Stadt gut aufgehoben und fair behandelt wissen, kann Zusammenleben gelingen. Die soziale Infrastruktur in unserer Stadt vermittelt ein Klima, in dem die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen mitgedacht und erwünscht ist.

Wir wollen unsere sozialpolitischen Maßnahmen stetig bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen: Das wachsende Auseinanderdriften von Arm und Reich, Ansätze gesellschaftlicher Spaltung, die Folgen des demografischen Wandels, die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen und LGBTIQ*-Menschen, die Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft und die Sicherstellung der Integration, die noch immer erhebliche Langzeitarbeitslosigkeit und der wachsende Niedriglohnsektor, die Beschleunigung und Verdichtung in der Arbeitswelt und daraus resultierender Überforderung sowie zunehmende Individualisierung, um nur wenige Schlagworte zu nennen.

Mit diesem Leitbild fassen wir die Leitgedanken für das gute Zusammenleben in unserer Stadt zusammen. Es wurde unter großer Beteiligung der Bürger*innen, der Träger sozialer Angebote, der Verwaltung und der Stadtpolitik formuliert und am 29.01.2021 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Das Leitbild ist der Rahmen für die Sozialpolitik der Stadt, an dem sich konkrete Ziele und Maßnahmen orientieren sollen. Diese werden im Rahmen kommunaler Planungsprozesse gemeinsam mit Betroffenen, Trägern, Verwaltung und Politik entwickelt, sind an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und werden regelmäßig angepasst. Dies geschieht auf Augenhöhe aller Beteiligten.

Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen

Ziel der Marburger Sozialpolitik ist es, dass alle Menschen in Marburg ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben führen und am gemeinschaftlichen Leben in der Stadt teilhaben können.

Partizipation gestalten

Partizipation bedeutet für die Marburger Sozialpolitik die Sicherstellung der Teilhabe aller Marburger*innen in den gesellschaftlichen und politischen Prozessen.

Sie stellt ausreichende Unterstützungsmaßnahmen bereit, damit die Anliegen aller Bürger*innen – insbes. auch durchsetzungsschwacher Bevölkerungsgruppen – Berücksichtigung finden können. Sie entwickelt und implementiert dafür Strukturen zur gesellschaftlichen und politischen Mitbestimmung und Mitgestaltung. Sie achtet darauf, dass Formen genutzt werden, die dem jeweiligen Alter, dem Bildungsgrad und der sozialen Lage entsprechen.

Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sichern

Unter Teilhabe versteht die Universitätsstadt Marburg auch die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen. Deshalb sollen alle Menschen in Marburg ungeachtet ihrer Herkunft, finanziellen Lage oder persönlichen Einschränkungen Zugang erhalten zu

- adäquatem bezahlbarem Wohnraum
- existenzsichernder Arbeit bzw. im Vorfeld zu Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt
- bedarfsgerechter gesundheitlicher Versorgung und gesundheitsfördernden Angeboten
- lebenslangen Bildungsangeboten und
- kulturellen Angeboten.

Geschlechtergerechtigkeit herstellen

Die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen und LGBTIQ*-Menschen zu beheben ist eine zentrale Herausforderung der Marburger Sozialpolitik.

Diversität berücksichtigen

Die Universitätsstadt Marburg respektiert dabei die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen und hält sie für eine Bereicherung des städtischen Lebens. Jede und jeder soll sich in Marburg anerkannt und wertgeschätzt fühlen. Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und jeder Form gruppenbezogener Ablehnung und Gewalt tritt die Stadt entschieden entgegen. Sie fördert Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung gegenüber den unterschiedlichen Formen der Ausgrenzung und trägt damit zu ihrer Überwindung bei.

In ihren sozialpolitischen Entscheidungen berücksichtigt sie die Diversität von Lebenslagen und Lebensentwürfen und sorgt dafür, dass jede und jeder die Unterstützung erhält, die er/sie braucht.

Gemeinschaft bilden

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Universitätsstadt Marburg wollen unter Berücksichtigung der individuellen Lebenslagen das soziale Miteinander fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Schutz vor Gewalt gewähren

Jedem Menschen in Marburg soll mit Respekt begegnet werden. Die Universitätsstadt Marburg trägt Sorge dafür, dass die Bürger*innen vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung geschützt werden.

Chancengleichheit fördern

Marburger Sozialpolitik richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Dennoch sieht sie es insbesondere als ihre Aufgabe, Chancengleichheit zu fördern. Wo die Probleme am größten sind, muss die Förderung am stärksten sein. Chancengleichheit umfasst die besondere Förderung sozial benachteiligter Gruppen, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion.

Präventiv handeln

Die Sozialpolitik der Universitätsstadt Marburg ist darauf ausgerichtet, präventiv zu handeln. Sie will soziale Notlagen vorbeugend durch Beratung und Unterstützung vermeiden und Menschen stärken, damit sie ihr Leben eigenständig gestalten können. Wo dies nicht gelingt, leistet sie einen Beitrag zur Beseitigung von Notlagen.

Im Sozialraum ansetzen

Einen wichtigen Ansatzpunkt sozialen Handelns sieht die Universitätsstadt Marburg in der Gestaltung des Sozialraums und der Aktivierung sozialräumlicher Ressourcen. Gerade für Menschen mit eingeschränkten Lebensmöglichkeiten ist der Sozialraum der zentrale Lebensort. Dort entsteht Gemeinschaft, dort zeigen sich aber auch Probleme und lassen sich Ressourcen erschließen für eine gemeinsame und inklusive Gestaltung.

Barrieren abbauen und vermeiden

Die Universitätsstadt Marburg sieht Barrieren nicht nur als bauliche Beschränkungen. Barrieren können insbesondere auch durch Sprache, gesellschaftliche Haltungen und Einschränkungen des Zugangs zu Informationen bestehen.

Barrierefreiheit soll überall städtischer Standard sein, vor allem in den Bereichen Bauen, Mobilität und Kommunikation. Der digitale Ausbau soll zum Abbau von Barrieren dienen. Er muss so gestaltet sein, dass Menschen nicht von Zugängen ausgeschlossen werden, sondern allen Menschen Zugänge ermöglicht werden.

Transparenz und einfache Informationswege herstellen

Die Universitätsstadt Marburg stellt sicher, dass sich alle Marburgerinnen und Marburger in einfacher Form über die sozialen Angebote in der Stadt informieren können. Dadurch kann einfach und schnell die Hilfe in Anspruch genommen werden, die benötigt wird.

Bedarfsgerechte soziale Infrastruktur schaffen

Den Menschen in Marburg soll eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur zur Verfügung stehen, die sie bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützt. Diese umfasst wohnortnahe wie auch zielgruppenspezifische Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote in besonderen Lebenslagen, die immer wieder an sich ändernde Bedarfe und Anforderungen angepasst werden.

Die Universitätsstadt Marburg achtet darauf, dass sich die soziale Infrastruktur am Bedarf der Menschen und den unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensentwürfen orientiert, die Persönlichkeitsrechte wahrt, die Pflichtleistungen nicht nur erfüllt, sondern selbstbestimmte Teilhabe und Inklusion ermöglicht und diverse Lebenswelten und das soziale Miteinander fördert.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie freiwilliges Engagement unterstützen

Einen entscheidenden Beitrag zu gelingender kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in der Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Sie unterstützt die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe der Bürgerinnen und Bürger Marburgs untereinander durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen, fördert die Netzwerkarbeit und den Dialog der Engagierten mit Verwaltung, Politik und freien Trägern und pflegt eine Kultur der Wertschätzung.

Freie Träger stärken

Die Universitätsstadt Marburg erkennt die Leistung der freien Träger für die innovative soziale Entwicklung in Marburg an und sieht in ihnen unverzichtbare Partner für die Ausgestaltung der sozialen Arbeit.

Die Universitätsstadt Marburg achtet das Subsidiaritätsprinzip bei der Gestaltung von Angeboten und unterstützt die Arbeit der Organisationen durch adäquate vertragliche Vereinbarungen ab.

Sie informiert frühzeitig über anstehende Vorhaben und holt sich das Fachwissen der in den sozialen Organisationen tätigen Akteure ein.

Mit allen Beteiligten Sozialpolitik gestalten

Das Mitwirken und die Beteiligung von freien Trägern, Initiativen, Selbsthilfe und Ehrenamt mit ihren Ideen und Kompetenzen waren für die bisherige innovative soziale Entwicklung von besonderer Bedeutung und sind für die Planung und Ausgestaltung der Marburger Struktur sozialer Dienstleistungen und Unterstützungsangebote weiterhin unverzichtbar.

Politik, Verwaltung, freie Träger, Initiativen, Selbsthilfe und Ehrenamt stehen in einem kontinuierlichen Dialog über gesellschaftliche Entwicklungen, gesetzliche Veränderungen und soziale Bedarfe und planen notwendige sozialpolitische Maßnahmen gemeinsam.

Die Universitätsstadt Marburg schafft verbindliche Kommunikationsstrukturen und Verfahren zur Auswertung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit in der Stadt, in denen sich freie Träger, Nachbarschafts- und Selbsthilfeorganisationen, Verwaltung und Politik auf Augenhöhe begegnen.

Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe verstehen

Die Universitätsstadt Marburg überprüft ihre Entscheidungen auch in anderen politischen Handlungsfeldern auf ihre sozialpolitischen Auswirkungen. Sie stellt sicher, dass soziale Belange auch dort Berücksichtigung finden.